

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Bezugsstellen angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Salle-Beitung“ eingetragen. Für anderweitig eingehende Bestellungen wird keine Gewähr übernommen.

Verleger der Redaktion Nr. 1140: Dr. G. Schölerer, Halle a. S., Markt 24. Druckerei: G. Schölerer, Halle a. S., Markt 24.

Salle-Beitung.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oben dem Raum mit 30 Pfg. höher und Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Nr. Marktstraße 63, 1. oder von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retikolen der Halle 75 Pfg. in Halle und umherwärts 1 M. Erhalten täglich einmal. Sonntags und Feiertags einmal.

Nr. 567.

Halle a. S., Sonnabend, den 4. Dezember.

1909.

Der 2. Vizepräsident.

Wie aus dem heutigen Parlamentsbericht ersichtlich, ist der Erbpriester von Hohensiehe, der Kandidat der Reichspartei, mit 178 Stimmen zum 2. Vizepräsidenten gewählt worden und damit der schwarz-blaue Block aus allen Rotten gerettet.

Nach diesem Ergebnis wird man auf der Rechten der Reichspartei den jüngst sichtlich markierten Seitenprung noch vergehen. Diese fraktioniertere Reichspartei, die man als gemäßigter konfessionar, bald als gubernamental-konfessionar bezeichnen konnte, umschließt ungleich die politische Elemente und ist im allgemeinen eine Fraktion der Vermittlung, die sichtlich aber immer auf die Regierungsbildung steht. Dem hat auch ihr widerprüchliches Verhalten während der Finanzreform entsprochen. Herr Paasche hat nicht so unrecht, wenn er einem Interworte gegenüber geäußert hat:

Die Beteiligung der Reichspartei am Präsidium hatten wir für folgerichtig. Die Reichspartei wird ja doch die Tat- sache niemals aus der Welt schaffen, daß sie es war, die das Präsidium des neuen des sogenannten schwarz-blauen Blocks überhaupt erst ermöglicht hat, und das Obium, das auf der „Steuer-Weltrecht“ nun einmal laftet, hätte sie auch dann nicht von sich abwenden können, wenn sie sich nun mit einemmal von der Beteiligung am Präsidium zurückgezogen hätte. Warum sollte sie sich also nicht eines Besseren belehren und doch noch einen der Ihrigen ins Präsidium delegieren?

Sehr stark scheint der Entschluß dieser Fraktion, sich vom Präsidium fernzuhalten, von Anfang an nicht gewesen zu sein.

An Drohungen der Reichspartei gegenüber hat es geblieben und vorgelesen nicht gefehlt. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. schrieb den Konfessionar, die ursprünglich so latent, als ob sie nicht Oeder parieren wollten, folgendes ins Stammbuch:

„Daß die Fraktion jetzt noch sich weigern könnte, den zweiten Vizepräsidenten zu stellen, darf wohl als ausgeschlossen gelten; denn ein solches Verhalten würde doch allen guten Traditionen der Reichspartei mißbräutig; die bisher ihren Stolz darin setzten, eine Partei patriotischer, sachlicher Förderung der Reichs- und Reichstagsgeschäfte zu sein. Es würde aber ferner bedeuten, daß die Konfessionariven ihre Wege von denen der Konfessionariven trennen wollten. Dieser Einwand wäre umso sicherer und härter, als die Reichspartei mit einer derartigen Haltung sich offen in die Gefolgschaft der national-liberalen Demonstrationspolitik begeben würde, die ganz offenkundig und eingehendmaßen auf eine möglichst weitgehende Isolierung der konfessionariven Partei hinausläuft. Daß die Reichspartei sich zur Unterstützung einer derartigen Politik hergeben könnte, muß, wenn man von allen anderen nachliegenden Momenten auch absehen wollte, schon deshalb für mehr als unwahrscheinlich gelten, weil die Reichspartei noch in jüngerer Zeit in verschiedenen Wahlkreisen sichtbar darauf Wert gelegt hat, zu betonen, daß sie mit der konfessionariven Partei ein auf Abschließlichkeit der politischen Grundanschauungen beruhendes freundschaftliches Verhältnis fortzusetzen wünscht.“

Und das Zentrum? — Nun, auch die Ultramontanen werden sich mit dem neuen 2. Vizepräsidenten, obwohl sie ihn in der kurzen Zeit seiner Amtsführung als Stellvertreter der Kolonialdirektor wegen seiner stark betonten protestantischen Gesinnung recht unfreundlich behandelt haben. Natürlich ist auch gleich wieder das Gerücht aufgegriffen worden, der Reichskanzler habe sich für viele Wähler interessiert. Er hat sich aber, wie auch in einigen Wählertum offiziös mitgeteilt wird, jeder Einmischung bei der Wahlentscheidung enthalten.

Das war auch das gefeierteste, was der Kanzler tun konnte.

Die „Nationalis. Corr.“ hält dem Erbpriester, der bisher nur Kandidat vom Zentrum erhalten hat, vor, daß das Präsidium, in das er eintreten soll, „von Zentrum und Nation“ ist, „denn sichtlich müßte ohne die freundschaftliche Rücksicht der wieder ausschlaggebend gewordenen Reichspartei Herr Dr. Spehn, und nicht Graf Stolberg an der Spitze stehen.“ Die freikonfessionarive Fraktion läßt ihren Willkommens- wunsch dadurch zu erklären, daß sie nach dem Bericht der Nationalliberalen auf Teilnahme am Präsidium ihrerseits sich nicht habe verlagern dürfen, „da es gilt, eine sachlich minderwertige und politisch gefährliche Zusammenfügung des Reichstagspräsidiums zu verhindern.“ — Da- mit stellt das Organ auf die lieben Freunde der Konfessionariven in der wirtschaftlichen Vereinigung, und besonders den als Kandidaten für den Vizepräsidentenposten genannten Braunshweizer Welfen v. Damm. Diese „despottische Eingebung“ müßte sich nach Ansicht der „Nationalis. Corr.“ die Wirtschaftliche Vereinigung, im Angelegen an die beim Reichsfinanzreformkampf von ihr geleisteten großen Dienste ganz energig verdanken, wenn „die unheimlichen Herrschaften in der Beziehung immer einen erfreulich guten Wagon bewahren hätten.“

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung. Freitag, den 3. Dezember.

Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Bernuth, Wahnschaffe, Richter, Caspar. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Eingegangen ist der Handelsvertrag mit Portugal. Das Haus ist sehr stark besetzt.

Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten

steht als erster Gegenstand auf der Tagesordnung. Es wird sofort zur Wahl geschritten; sie findet wie die anderen Wahlen durch Stimmzettel statt. Es werden im ganzen 322 Zettel abgegeben; davon 98, die der Nationalliberalen und Freisinnigen, unbeschrifteten. 178 Zettel, die der Rechten und des Zentrums mit den angehängten Gruppen lauten auf den Erbpriester zu Hohensiehe. 42 sozialdemokratische Stimmen auf Singer. Außerdem werden erhalten Dr. Müller-Weithagen eine (Freiheit), Gotsche eine (Freiheit im Zentrum), Dr. Hüffel eine und Erzbischof eine (Große Freiheit links).

Abg. Erbpriester zu Hohensiehe-Vortrag (S. 1. Fr.)

erklärt auf die Frage des Präsidenten: Ich nehme die Wahl an. (Lauter Beifall auf der Rechten, worauf die Linke mit Gelächter antwortet.)

Die Wahl der acht Schriftführer erfolgt in einem Gange ebenfalls durch Stimmzettel. Das Ergebnis wird vom Bureau festgestellt und im Laufe der Sitzung bekannt gegeben werden.

Präsident Graf Stolberg:

Damit ist der Reichstag konstituiert. Ich werde nicht unterlassen, Sie, Majestät dem Kaiser davon Anzeige zu machen.

Zu Auschoren werden die Abgg. Paasche, Mann (nl.) und Schmidt-Berburg (Fr.) vom Präsidium ernannt. Dann wird in die sachliche Arbeit des Reichstags eingetreten.

Das Handelsprovisorium mit England.

Das bisherige Provisorium läuft am 31. Dezember ab; es soll um 2 Jahre verlängert werden. Den Angehörigen und den Erzeugnissen des britischen Reiches werden bis zum 31. Dezember 1911 diejenigen Vorteile eingeräumt, die seitens des Reiches den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.

Staatssekretär Delbrück:

Die verbündeten Regierungen bitten Sie, die Vollmacht des Bundesrats unserer handelspolitischen Beziehungen zum britischen Reich auf der Grundlage der Mittelbegünstigung zu regeln, um zwei weitere Jahre zu verlängern. Da seit dem Geheh von 1907 sich in unseren Handelsbeziehungen zum britischen Reich nichts geändert hat, glaube ich ohne eine nähere Begründung der Vorlage Sie bitten zu dürfen, die Zustimmung zu erteilen.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Beratung ohne Debatte erledigt.

Die Hinterbliebenenversicherung.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Änderung des § 15 des Zolliarigesetzes. Die darin ausgeprobenes Verpflegung des Reiches, die Witwen- und Waisenversicherung am 1. April 1910 einzuführen, soll durch die Vorlage um ein Jahr hinausgeschoben werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Bestimmung dieses § 15 verhandelt ihre Entstehung einer Änderung des Reichstages. Als die verbündeten Regierungen ihr zustimmten, erklärten sie sich zunächst grundsätzlich bereit, eine Ver- zögerung der Witwen und Waisen auf reichsgesetzlicher Grundlage einzutreten zu lassen. Sie übernahm aber gleichzeitig die Verpflichtung, die Art, wie diese Witwen- und Waisenversorgung zu regeln sei, in einem bis zum 1. Januar f. z. zu verabredenden Geheh festzulegen. Sie sind taillös bemüht gewesen, die ihnen durch § 15 aufgetragenen Aufgaben zu lösen und die bei der Verabschiedung des Gehehs eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das war aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß die für die Finanzierung zur Verfügung gestellten Einnahmen in einem gewissen Umfang vorhanden seien. So daß man darauf eine nach feilen gezielten Grundbesitz aufzubauende Versorgung der Witwen und Waisen einführen könnte. Die Voraussetzung hat sich nicht erfüllt. Im Jahre 1908 haben sich für die Zwecke der Hinterbliebenen- versicherung nicht Mittel ergeben, 1908 ebenfalls nicht, nur 1907, jedoch mit Zinsen noch nicht.

2 1/2 Millionen

zur Verfügung stehen. Es liegt aber klar auf der Hand, daß mit dieser Summe eine Witwen- und Waisenversorgung nach feilen Grundbesitz nicht durchzuführen ist. Eine feste finanzielle Grundlage kann nur erreicht werden, wenn zu den Dotationen des Reiches auch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzunehmen. Man war sich klar darüber, daß nicht minder wichtige Aufgaben der Sozialpolitik dabei ihrer Lösung harrten, nämlich die Ausdehnung der Rentenerwerb auf das Gehebe, auf die Hausarbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter. Das ist aber nur möglich, wenn das Reich kein Verhältnis zu den Einzelstaaten überleben kann. Die Arbeiten dafür werden einen solchen Umfang annehmen, daß auch in eine weitere Regelung der beherrschenden Organisationen eingetreten werden muß. Damit ergab sich die Stellung der verbündeten Regierungen vor selbst. Das Ergebnis ist die Reichsversicherung- ordnung gewesen, von der ein vorläufiger Entwurf bekannt geworden ist. Dieser Entwurf konnte nicht so rechtzeitig an den Reichstag gebracht werden, daß diese geplante Versicherung zum 1. Januar 1910 in Kraft treten kann. Die gestellten Ver-

belegungsanträge haben es unmöglich gemacht, die Reichsversicherungsbildung fertigzustellen, und so sind die verbündeten Regierungen genötigt, den Termin bis zum 1. April 1911 hinauszu- schieben, was hoffentlich gelingen wird, damit die Fertigstellung noch in dieser Legislaturperiode zu Ende gebracht wird.

Abg. Dr. Lind (nl.):

Die Hoffnung, daß sich durch die Annahme dieses Fonds schon eine frühere Unterbrechung der Hinterbliebenen ermögli- chen lassen werde, ohne daß weitere Beiträge notwendig sind, hat sich nicht erfüllt. Man sieht, daß es falsch ist, Wechsel auf die Zukunft auszuspielen. Wir legen der Witwen- und Waisenversicherung die größte Bedeutung bei und wünschen vor allem, daß diese Fürsorge auch in möglichst großem Umfange auf den landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstand ausgedehnt wird. Erfreulich ist es, daß endlich die Ungewißheit über die Reichsversicherungsbildung be- seitigt ist. Wir fürchten allerdings das Schicksal, daß der Termin des Inkrafttretens noch weiter hinausgeschoben werden müssen wird. An unserer politischen Mitarbeit werden wir es nicht fehlen lassen. Die Öffentlichkeit hat an dem Entwurf sehr scharfe Kritik geübt. Zustimmungserklärungen sind eigentlich nur von theoretischer Seite gekommen. Ein hater bürokratischer Zug geht durch das ganze Werk. Ein neues Heer von Beamten soll in Tätigkeit gesetzt werden. Dieses händige Anwachsen des Beamtenkörpers erweist hartes Mißbehagen im Volk. Die Versicherungsträger wollen sehr wenig auf die Gestaltung der Dinge lassen. Wir vergessen nicht, was die Beamten für den Staat geleistet haben, aber es besteht eine große Abneigung im Volke gegen eine weitere Ver- mehrung der Zahl der Beamten.

Abg. Frhr. v. Mischelen (Konf.):

Auf Details lasse ich mich nicht ein. Es handelt sich hier um kein sozialpolitisches Geheh, sondern um ein Gesellschaftsgeheh. Das Provisorium muß verlängert werden. Damit sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Muehlan (fr. Sp.):

Wir wissen noch gar nicht, wie die Reichsversicherungsbildung aussehen wird. Es ohne weiteres können wir daher das vor- liegende Geheh nicht annehmen. Wir verlangen Beratung in einer Kommission von 21 Mitgliedern. Die beigegebene Begrün- dung ist eigentlich keine. Wie ist die lex Trimborn vom Zentrum ausgefertigt worden! Herr Erzbischof erklärte noch vor Jahres- frist emphatisch, die Waisenrente solle nicht wagen, an der lex Trimborn zu rütteln, und das vorhandene Geld für Heer und Marine zu verwenden. Graf Polachowski hatte eine Denkschrift über diese Frage in Aussicht gestellt. Wo ist sie geblieben? Jetzt, wo das Volk unter ungeheuren Lasten leidet, die das Zentrum und die Konfessionariven ihm auferlegt haben unter Ablehnung jeglicher wirtschaftlichen Vorsehoren (Oh! rechtis u. im Zentrum; Geheh richtig! links), will man noch die Waisenrente für die Armen und Vermitteln auf weitere Jahre hinauschieben. (Geheh richtig! links.) Aber garantiert uns auch, daß nicht eine Verzögerung später wieder ein- treten kann? Das liegt an der ganzen Regelung der Einfuhr- schein. (Geheh richtig!) Das Doppelzettel, das hier wieder das Zentrum spielt, zeigt sich darin, daß man draussen von einer allge- meinen Witwen- und Waisenversicherung redet, in Wirklichkeit aber eine Veränderung der erwerbsfähigen Witwen meint. (Geheh richtig! links.) Während man auch früher es immer so hinneigte, als ob die Witwen- und Waisenversorgung lediglich aus den Ueberflüssen der Böde zurzuführen sei, steht heute fest, daß eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge eintreten muß. Und wie wird denn die Waisenversicherung ausfallen? Die höchste Rente, die eine Witwe erhält, wird 40 Pfg. pro Tag betragen. (Hört, hört! links.) Eine Witwe mit zwei Kindern würde bei Armen- unterstützung besser stehen, als bei Waisenversicherung. Wir können den Entwurf nicht annehmen, sondern wünschen Ueberweisung an eine Kommission. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Vorredner hat Einzelheiten des Entwurfs der Reichs- versicherungsbildung kritisiert und mich dadurch in eine überaus schwierige Situation gebracht. Ich bin nicht in der Lage, einem Entwurf zustimmen zu können, der dem Bundesrat noch nicht vorkommt. Ich bin der Meinung, daß die Verabschiedung des vorliegenden Gehehs unter dem Reichsversicherungsbildungsbildung nichts zu tun hat. Der Abg. Trimborn hat meines Wissens 1903 angenommen, daß der Vertrag aus den Ueberflüssen der Böde auf etwa 80 Millionen zu bemessen seien (Zurück rechts: 91 Mill.). Sagen wir also 91 Millionen Mark. Mit diesen 91 Millionen Mark wäre es annehmbar möglich gewesen, ohne Betätigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, rein aus Reichsmitteln, für die Hinterbliebenen das zu tun, was in dem Entwurf seinerzeit vorgeschrieben war. Das die Mittel diese Höhe nicht erreichen werden, dafür können die verbündeten Regierungen nicht an- nehmen. (Beifall links.) Ich habe Sie auch gar nicht ver- antwortlich machen wollen, das sage ich auch nicht in meinem Interesse. (Beifall rechts.) Im übrigen würden sich die Zuschüsse des Reichs auf durchschnittlich 27 1/2 Millionen Mark stellen, wenn diejenigen Bestimmungen Geheh werden, die in dem vorliegenden Entwurf enthalten sind; sie würden damit also den bisherigen tatsächlichen Durchschnittsvertrag eines Jahres, der

ungefähr 14 Millionen

Mark stellt, beinahe um das Doppelte übersteigen. Ich würde, ohne in die Einzelheiten der Versicherungsbildung einzugehen, auch der Kommission nicht mehr zu legen vermögen, als ich hier gesagt habe und wenn der letzte Herr Redner der Ansicht war, daß dem Staatssekretär des Zentrums unter allen Umständen ein Vor- wurf gemacht werden muß, so habe ich zu erwidern, daß wir, die wir seit Jahren an dem Entwurf gearbeitet haben, nicht in der Lage gewesen sind, ihn so rechtzeitig fertigzustellen, daß er noch vor dem 1. Januar 1910 Geheh werden könnte. Daß der Abgeord- nete Dr. Muehlan es vermocht hätte, will ich absolut nicht bezweifeln. (Beifall rechts.) Aber ich hoffe, daß es uns, dan!

jeiner Riffe, möglich sein wird, das Gesetz hier bis zum 1. April 1911 zu verabschieden. (Erneute Heiterkeit rechts, Unruhe links.)

**Abg. Wolfenbühl (Soz.):**

Der vorliegende Entwurf muß rundweg abgelehnt werden. Dann haben wenigstens am 1. Januar die Witwen und Waisen ein Angbares Recht auf die Rente. Das hiermit gegebene Versprechen ist gebrochen. Die in Aussicht genommenen Renten für die Witwen sind ganz jämmerlich. Eine Witwe bedarf ein Schüssel vom dem Ernährer, das s. B. in Schöneberg gewährt wird. Die Versicherung soll vertagt werden auf das nächste Jahr. Glauben Sie denn (zur Rechten und zum Zentrum), daß Sie im nächsten Jahr weniger haberdiger sind? (Heiterkeit und Zustimmung links.)

**Abg. Trimborn (Str.):**

Warum werde ich denn angegriffen? Auf meinen Antrag hin sind 40 Millionen für die Witwen und Waisenversicherung vorhanden. Deshalb werde ich nun angeklagt! Das ist nicht mehr sind, daran bin ich doch wahrhaftig nicht schuld! Ich kann doch nicht dafür, daß wir so reiche Erben gehabt haben! Die Linke hat mit Ausnahme der Nationalliberalen jede Objektivität vermissen lassen. Wir werden dem Entwurf zustimmen und bekräftigen uns vor, zu beantragen, der Witwen- und Waisenversicherung rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1910 zu geben. Eine Kommissionsberatung dieses Entwurfs hier ist überflüssig, da es sich nicht um materielle Bestimmungen handelt, sondern nur um eine hinauschiebung des Termins. Wie kommt nur diese einseitige Angelegenheit die Linke so aufzuregen, daß sie mich hinführen, gutmütigen Mann mit wahrer Besterkerung angreift. (Heiterkeit.) Das bringt mich aber nicht aus der Fassung, denn wer so erregt ist, zeigt, daß er im Unrecht ist. (Zuruf links: Sie sind ja auch erregt!) Das Zentrum ist natürlich an allem schuld. (Zustimmung links.) Nein, der alte Bloß, dem doch die Freistimmigen angehört haben. Zur Zeit des Bloßes hieß es von den Freistimmigen: Wir treiben praktische Sozialpolitik, nicht wie das Zentrum papieren Sozialpolitik. Ja, was haben Sie nun geleistet? — Gar nichts! Wir haben die Witwen- und Waisenversicherung nicht zum Tätigkeitsmaterial in den Zolltarif hineingebracht, sondern von vornherein erklärt: Ohne Witwen- und Waisenversicherung kein Zolltarif! Nicht hinterlistig wie Nationalisten haben wir diese Versicherung zu Nebenabsichten in den Zolltarif hineingebracht. Ich habe schon damals gesagt: Manches muß später Zeit vorbehalten werden. Das war sehr vernünftig. (Große Heiterkeit.) Wir müssen die Vorlage der Regierung über die Witwen- und Waisenversicherung abwarten. Bis dahin ist es nutzlos und weise, sich vorzeitig juristisch zu äußern. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben den Zolltarif in den Hafen gebracht mit Hilfe dieses Paragraphen. Sie von der Linke haben das Schiff geschnitten wollen. Höfliche Worte hat man gegen uns gerichtet. So hat man von „politischen Hochhadeln“ gesprochen. Ich weiß nicht, wer es war, Herr Stadthagen könnte es gewesen sein. (Stimmliche Heiterkeit, lärmende Zurufe von den Sozialdemokraten. Vizepräsident Ehring zu Hohentehle-Vangenburg bittet den Redner nicht zu unterbrechen.)

Beginn einer Session sollten wir doch gute Vorläge haben, vor allem den, daß wir hier nicht über Dinge debattieren, die noch gar nicht vorliegen. Warten Sie doch ab, bis die Versicherung kommt. Wenn Zolltarif haben Sie sich auch als falsche Propheten gezeigt. Nach dem Zolltarif ist es der Landwirtschaft gut gegangen. Wenn also nicht so viel aus den Zöllen sich ergeben hat, dann sollten Sie sich doch freuen. Aber das paßt nicht in Ihr System. Wenn beim Zolltarif nicht der § 15 festgelegt worden, so wäre niemals der Laufzug zur Witwen- und Waisenversicherung gemacht worden. Darum haben Sie, falsche Propheten (Heiterkeit), kein Recht, mir Vorwürfe zu machen. (Beifall im Zentrum und rechts.)

**Staatssekretär Delfeld:**

Ich bitte dringend, im Interesse der Witwen- und Waisen, dem sozialdemokratischen Rat nicht zu folgen, denn dann würde die Witwe im besten Falle eine jährliche Rente von 5 Mk. beanspruchen können und noch fraglich, ob klugbar. Unsere Vorläge sind sozialpolitisch richtig. Die Frage der rückwirkenden Kraft kann erst gelöst werden, wenn die Form der Versicherung feststeht. Etwas Vorläge werde ich jederzeit gern prüfen.

**Abg. Ding (Rp.):**

Es ist zwecklos, die Schuldfrage der Verzögerung jetzt zu erörtern. Wir wünschen die Witwen- und Waisenversicherung gleichzeitig mit der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten zu lassen.

**Abg. Wolfenbühl (Soz.):**

Das einzige, was die Witwen und Waisen bis jetzt haben, ist teures Brot, teures Fleisch und schlechte Wohnungen. Ueber platonische Erklärungen ist das Zentrum nie hinausgekommen.

**Abg. Dr. Mugdan (fr. Rp.):**

Sätten Sie von den Rechten vorzelnern gewußt, wer zweiter Vizepräsident wird, dann hätten wir einen Arbeitstag mehr für die Behandlung dieser wichtigen Frage hier gehabt. Die Philippika Trimborns war ganz unbedeutend. Die hohen Zölle sind für die Landwirtschaft selbst das größte Unglück. § 15 des Zolltarifs gehtes ist kein Rahmestück für das Zentrum; er steuert den Beweis, wie schlecht das Zentrum Sozialpolitik macht.

**Abg. Feder-Hensberg (Str.):**

Was uns die Linke alles in die Schuhe schiebt, geht auf keine Kuhhaut.

**Abg. Rebebour (Soz.):**

Das Zentrum wollte mit dem § 15 den ganzen elenden Zolltarif einschuldigen. Das verurteilen wir auf das schärfste.

**Abg. Trimborn (Str.):**

Wir haben angenommen, was wir konnten nach unserer allbewährtesten Taktik, die jetzt allmählich auch von Ihnen angenommen wird, doch die allmählich Siegenden die Klügeren sind. Das Haus vertritt sich. Wie der Präsident mittelt, sind als Schriftführer gewählt worden die Abg. Rimpau (nl.), Frhr. v. Thünefeldt (Str.), Rogalla v. Bieberstein (kon.), Engelken (Str.), Pauls-Oberbarnin (Rp.), N. Damm (wirtsch. Bgg.), Dr. Seiffner (fr. Bgg.) und Hermes (fr. Rp.).

Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung. Handelsvertrag mit Portugal, die Interpellationen. Schluß 6¼ Uhr.

# Deutsches Reich.

## Friede mit den Getreidezöllern?

L. C. In einem trefflichen Artikel wendet sich der Münchener Nationalökonom Professor Dr. Hugo Brentano gegen die opportunistische Strömung im Liberalismus, die dahin zielt, man solle doch mit den Getreidezöllern Frieden schließen. Brentano führt aus, daß das deutsche Volk infolge unserer Wirtschaftspolitik so belagert ist, daß es nicht möglich sein werde, bei Fortbestand des Zolltarif den steigenden Staatsbedarf durch Steuern zu decken. Der Grund ist, daß wir ein beherrschendes Stellungssystem dem Staatsbürger weit größere Opfer auferlegt, als dem öffentlichen Haushalte

zu gute kommen. Als Folge bleibt den Finanzministern nichts übrig, als die Zukunft zur Deckung der Bedürfnisse heranzuziehen. Ein wesentlicher Faktor, der dies bewirkt, sind die Getreidezölle.

Im Jahre 1908 haben die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer dem Reiche 106 131 456 Mk. gebracht. Aber der eingeführte Roggen betrug nur 1,9 Proz. des deutschen Roggenverbrauchs. Der Verbrauch von Getreide hat sich nämlich vom Roggen mehr und mehr dem Weizen zugekehrt. Im Durchschnitt der Jahre 1908/1909 kamen 150,56 Kilogr. Roggen und 88,3 Kilogramm Weizen auf den Kopf der deutschen Bevölkerung, im Durchschnitt der Jahre 1901/1906 nur mehr 148,27 Kilogr. Roggen, dagegen 93,6 Kilogr. Weizen, im Jahre 1907/08 142,4 Kilogr. Roggen und 90,7 Kilogr. Weizen. 98,1 Proz. des im Jahre 1908 verbrauchten Roggens wurden im Inlande erzeugt gegen 60,2 Proz. des verbrauchten Weizens, und von den 8 222 131 Tonnen Hafer, die verbraucht wurden, wurde gar nichts eingeführt. Nun ist es unbedenklich, daß seit Aufhebung des Zölleinfuhrschusses für den Inlandpreis allein Getreides um den ganzen Betrag des Zolls über den Weltmarktpreis steht. Rechnet wir, daß ein Fünftel der 68 219 000 Einwohner des deutschen Zollgebietes selbstgebautes Getreide verbraucht, eine Annahme, die eher zu hoch ist, so mußten die übrigen 50 575 200 Personen 934 655 220 Mk. mehr ausgeben, wozu 828 568 701 Mk. in die Fischen Prämien geflossen sind. Das, was die gebotenen Zölle im Jahre 1908 dem Reiche eingebracht haben, hat der Steuerzahler allerdings nur mit 2,09 Mk., das aber, was er infolge derselben hat mehr zahlen müssen, hat ihn mit 18,46 Mk. pro Kopf der Bevölkerung belastet. Ebenso ist's mit allen übrigen Erzeugnissen. Je höher der Zoll und je geringer dementsprechend die Einfuhr ist, um so größer ist die Belastung des Steuerzahlers gegenüber dem Privat. Dem Reiche bringt sie nicht nur bloß Ueberflüssiges ein, sondern sie schädigt es geradezu, indem sie die Fähigkeit des Steuerzahlers zur Zahlung anderer Steuern vermindert. Wie leicht wäre unseren Finanzen zu helfen, wenn all das, was der Steuerzahler infolge unserer Wirtschaftspolitik an Private zahlen muß, in die Staatskassen flöße! Kein Zweifel, daß die steigende Finanznot unserer Regierungen die Kraft gegen, den Widerstand der Sonderinteressen, welche dies zu verhindern suchen, zu überwinden. Denn ohne dies fänden wir vor dem Unter gange des Reichs.

„Und da sollen nun“, ruft Brentano zum Schluß aus, „die Liberalen ihrer Prinzipien trotzen werden?! Um da und dort ein Bäuerlein einzufangen, sollten die Interessen von vier Fünftel der deutschen Bevölkerung und die des Reichs und der Bundesstaaten preisgegeben, noch dazu in einem Augenblick, wo die ganze Entwicklung dazu drängt, daß in nächster Zukunft ihre Prinzipien liegen!“

## Die Luftbarkeitssteuer in München.

Die Luftbarkeitssteuer in München. # Aus München schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Infolge des im nächsten Jahre in Wegfall kommenden Oktrois beghäftigt sich die Stadtverwaltung, dem Rate der Regierung folgend, mit der Frage der Einführung von Luftbarkeitssteuern. Es sollen heftener werden: Theateraufführungen aller Art, Musik- und Gesangsaufführungen in Kongersälen ohne Restauration, Orchesterkonzerte in größeren öffentlichen Vergnügsräumen, feiner Konzerte mit darauffolgendem Tanz (sogen. Langkonzerte), belamatorische Vorstellungen, Reklamationen und sonstige ähnlicher Art. Einzelne humoristische Vorträge und sonstige Vorträge, Kabarett, Tinseltanz, Vorstellungen in Spezialitätentheatern, einschließlich der Kinematographischen Vorstellungen, Kometenabflüge, Reduten, Koffmische, Kaffimabale und dergleichen, Wettrennen, Wettfahren, Wettrennen, Wettschwimmen, Polo, Hoken, Fußballspiele, Ballontäufen und sonstige ähnliche Veranstaltungen, Amuettentvorstellungen. Auch die Spielautomaten und das Klavier spielen in Gastwirtschaften soll der Besteuerung unterliegen.

## Die Regelung der Heimarbeit.

Nachdem früher verhandelt war, die Regelung der Heimarbeit im Rahmen der Gewerbeordnung zu lösen, hat es sich im Laufe der Verhandlungen über die Föderation der Gewerbeordnung als notwendig herausgestellt, die ganze Heimarbeitserfrage in einem besonderen Gesetz zu regeln. Man darf annehmen, daß Anfangs des nächsten Jahres diese Vorlage an den Reichstag gelangen wird. Es werden dabei zweifellos eine ganze Reihe von Minderheiten, die durch die Kommissionsbeschlüsse dem letzten Entwurf eingefügt waren, auch in der Vorlage Berücksichtigung finden. Andererseits darf man als sicher annehmen, daß diejenige Kommissionsbeschlüsse, gegen die sich die Reichsregierung schon während der Beratungen entschieden ausgesprochen hatte, in der neuen Vorlage keine Aufnahme finden. Darin gehört vor allem die Erziehung von Lohnämtern. Die Kommission hatte beschlossen, daß für bestimmte Gewerbezweige, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl und ungenügend mehreren Wohnen beschäftigt werden, perifikalische Lohnämter eingerichtet werden sollten, die auf Grund der orts- und berufsständischen Wohnverhältnisse oder Mindestlöhne für einen bestimmten Zeitraum festzulegen hätten. Diese Festlegungen sollten der Zustimmung der Behörde unterliegen. Die Reichsregierung wird aber von ihrem früheren Standpunkt, der jede behördliche Einmischung in Lohnfragen ablehnt, nicht abgehen. Ebensowenig hat die von der Kommission gefasste Bestimmung Aussicht auf Annahme, nach der Tarifverträge zwischen Hausarbeitern und Arbeitgebern auch als solche Hausarbeiter Anwendung finden müssen, die an dem Abschlusse des Tarifvertrages nicht beteiligt waren. Auch dürfte sich die Reichsregierung nicht entschließen, weitere Beschränkungen in bezug auf die Arbeitszeit in dem Entwurf aufzunehmen, als sie schon in den Kinderbeschäftigungsbestimmungen enthalten sind.

# Parlamentarisches.

## Zugunsten der Beamten und Techniker

hat die teillninnige Fraktionsgemeinschaft Antrag eingebracht, die den Reichstag anfordern: 1. daß die Vorzüge zu treffen, daß die verfassungsmäßige Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der Staatsbeamten (Verlesen und Verklammerungsrecht, Wahlrecht usw.) an sich niemals für ein Verbalten angeben wird, durch das „Beamte“ sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig setzt; 2. die Einleitung von Beamtenausstellungen vorzuziehen; 3. die Dienstverhältnisse der vom Reich auf Verträge angestellten Personen mindestens denjenigen Bedingungen

entsprechen, die durch die Gesetzgebung den privaten Unternehmungen vorgezogen sind; 4. eine Kapazität in den Verhandlungen und öffentlichen Anstellungen vorzunehmen, die ohne Beamtenausstellung auf Privatdienstvertrag angelehnt bzw. Reichstage vorzuziehen.

— Eine Interpellation Wassermann, die dem Hause zugeht, erucht den Reichstagler um Auskunft, wann ein Gesetzentwurf über die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten zu erwarten sei.

— Außer dem schon mitgeteilten Antrag des Zentrum, betr. Gründung einer Reichsbehörde für Aufsicht über unter den Gewerken, liegt noch eine Reihe von weiteren Zentrumsanträgen vor. So wird der Reichstagler erucht, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, durch welche:

1. dem Handwerk insbesondere den Handwerksmeister, die der Meistertitel zu führen berechtigt sind, und Bergbauingenieure selbständiger Handwerker (Zimmern, Schneidwerkstätten) in mehr höherem Umfang als bisher Vorträge bei Vorträgen an die Reichsverwaltungen zuzulassen; 2. jährlich dem Reichstage nach Meinung des Handwerks vorzulegen die Vorträge des Handwerks vorzulegen werden. Ein anderer Antrag bezieht sich auf die Reichsverwaltung unermühtlich eintreten zu lassen, insbesondere 1. der Vermehrung des Reichsbeamtenkörpers entgegenzuwirken; 2. dafür Sorge zu tragen, daß zu untergeordneten Ämtern nicht Beamte herangezogen werden, die durch ihre Vorbildung für wichtigeren Aufgaben bestimmt sind; 3. die Reichsämter und Tagelöhner im Sinne einer Ermäßigung neu zu regeln und die Dienststellen einzuräumen; 4. in allen Reichsbehörden eine eine nach den erprobten französischen Grundrissen geregelte Geschäftsabhandlung durchzuführen und hierauf nach den einzelnen Betrieben durchzuführende Bilanz in Reichsausgaben mitzutun. — Ferner wendet sich ein Antrag gegen das andernweils Umgehungen der Beamten, ein anderer will bei Gerichtsverhandlungen, für die Beamten, Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden ist, auch die Zulassung der Presse verbieten.

## Kleine politische Nachrichten.

Strasburger Regierungsrat Dr. Herr, der Verfasser der Broschüre „Städtische Städtepolitik“, die durch ihre antimilitärische Tendenz bei den Behörden wie bei der Bürgerpflicht im deutschen Osten geliebten Fremden erregt hatte, ist, wie ein Telegramm des „B. T.“ aus Polen meldet, jetzt nach Magdeburg veretzt worden.

Der Sabel am Gattel. Eine britischen Offiziere haben nach neu ergangener Bestimmung den Sabel zu Pferde nicht mehr am Koppel, sondern am Sattel mittels einer besonderen Tragenordnung zu tragen. Diese Tragenweise war in den letzten Jahren verhältnismäßig erprobt worden.

Störungen. In internationalen Telegraphenverkehr sind große Störungen eingetreten, der gesamte deutsche Verkehr nach England und Frankreich ist unterbrochen.

Ein Torpedoschloß. Ein Torpedoschloß englischen Fabrikats (Armstrong) ist, wie der Draht aus Bremen meldet, laut „Weserztg.“ bei Bortum geborgen worden. Wahrscheinlich ist das Schloß von einem englischen oder holländischen Kriegsschiff verloren und dann vertrieben. (Der Vorgang ist jedenfalls harmlos.)

## Soß- und Personalnachrichten.

Die Reise des Herzogregenten von Braunschweig nach Siam und Kambodscha. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, Regent von Braunschweig, wird nach seiner Vermählung mit der Prinzessin Elisabeth von Stolberg-Köhlra am 29. Dezember von Hamburg aus seine auf sechs Monate berechnete Reise nach Siam antreten.

Der neue Herr in Magdeburg. Aus Regierungsstellen verlanet neuerdings gerichtlich, daß der Gehelmt Schneider vom Rittertum des Innern (früher 2. Bürgermeister in Halle a. S.) als für den Posten des Regierungspräsidenten in Magdeburg bestimmt begehrt wird.

Zum Oberpostdirektor in Düsseldorf wurde am Stelle des mit dem 1. April 1910 auscheidenden Oberpostdirektors Großkopf der Oberpostdirektor Köhler aus Hamburg ernannt.

# Ausland.

## Eine Kraftleistung des Jaren.

✓ Jar Nikolaus hat, wie man weiß, kein beendenswertes Los. Aber er trägt noch mehr, als er muß, wie man aus der folgenden offiziellen Depesche ersuchen kann, die heute von Petersburg aus die Welt durchweilt. Es lautet:

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Uvabla ließ sich Kaiser Nikolaus vor etwa einem Monat am 26. Schützen-Regiment Alexander III. eine vollständige selbstmännliche Ausübung eines Soldaten bringen, legte diese an und unternahm, mit einem Duzend Kameraden in der Umgebung von Uvabla allein einen zweitägigen, zehn Meilen langen Spaziergang, auf dem er unterwegs einen vorübergehenden Offizier vorrühmlich grüßte. Einen zweiten Spaziergang machte der Kaiser 14 Tage später in der Uniform eines älteren Unteroffiziers des 1. Leibgarde-Regiments, so daß der Kaiser persönlich die volle Feldanzug des Soldaten erprobte und die sonstige Ausstattung der Arme- und Gardebataillonen verglichen konnte. Die Uniformen und das Gewehr, welche der Kaiser getragen hat, werden von den Regimenten antbewahrt werden.

Daß der Zar, der ohnehin unter dem Druck der russischen Bevölkerung leidet, noch den Druck der russischen Soldaten ausfüllung auf sich nimmt, ist ja bemerkenswert; bemerkenswerter freilich ist, daß er es magt, in der Umgebung von Uvabla allein einen zweitägigen Spaziergang zu unternehmen. Aus dieser Tatsache schon ist zu schließen, daß er es mit der Anlegung der Wärschitzig gewiß sehr genau genommen hat und bis an die Zähne bewaffnet war.



